GRÜNE

WIRTSCHAFT

Zu Punkt **8.13**der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 28.11.2024

G))

05.11.2024

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 28.11.2024, betreffend

BÜROKRATIE REAL REDUZIEREN - UNIVERSALABGABE EINFÜHREN

Begründung:

Wenige Themen ziehen sich prominenter durch die politische Diskussion über den Wirtschaftsstandort bzw. konjunkturelle Entwicklungen als die bürokratische Belastung für Unternehmer:innen. Gewarnt wird vor allem vor "Bürokratiemonstern", die aus Brüssel auf die österreichischen Betriebe losgelassen werden.

Doch unter welcher Bürokratie leiden Österreichs Unternehmen wirklich?

In einer kürzlich veröffentlichten Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Niederösterreich gibt die KMU Forschung Österreich einen genauen Überblick darüber, wie viel Zeit (Arbeitsstunden) und Kosten für die Einhaltung bürokratischer Auflagen anfallen. Das Ergebnis zeigt sehr deutlich, dass es nicht die vermeintlich aus Brüssel kommenden Umwelt- und Klimaauflagen sind, die den Großteil der notwendigen Ressourcen in Anspruch nehmen. Die Komplexität der nationalen Regelungen zum Jahresabschluss, der Steuer- und Abgabensystematik sowie der Aufwand für die Lohnverrechnung und Sozialversicherung machen in Summe rund 56 % der Bürokratiebelastung aus. Im Vergleich dazu sind es für Umweltbestimmungen sowie Berichts- und Sorgfaltspflichten in Summe nur rund 5,3 %.¹

Statt beim Thema der Bürokratiebelastung fast schon dogmatisch in Richtung der Europäischen Union zu polemisieren, sollte sich der Blick in Richtung der hausgemachten Belastungen richten.

¹ https://www.kmuforschung.ac.at/wp-content/uploads/2023/09/Buerokratiebelastung-der-gewerblichen-Wirtschaft-in-Niederoesterreich.pdf (p. 37)



UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT

G)))

Vereinfachung der Steuer- und Abgabensystematik durch die Universalabgabe

Eine Universalabgabe würde für die österreichischen Unternehmen eine deutliche Bürokratieentlastung bringen. Die signifikante Reduktion der Komplexität durch die Zusammenfassung Lohnbzw. Einkommenssteuern von sowie Sozialversicherungsbeiträge zu einer gemeinsamen Abgabe, würde den Bürokratieaufwand gerade in jenen Bereichen reduzieren, die die Unternehmer:innen tatsächlich aufhalten. Ebenso soll im Zuge der Ausgestaltung der Universalabgabe die Belastung des Faktors Arbeit reduziert und Geringverdiener:innen entlastet werden.

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer Österreich auf, sich bei den zuständigen Stellen in der Bundesregierung dafür einzusetzen, den durch die österreichische Steuer- und Abgabensystematik bedingten Anteil an der Bürokratiebelastung für Unternehmer:innen deutlich zu reduzieren. Dazu soll das Steuer- und Abgabensystem durch die Einführung einer Universalabgabe, die Lohn- bzw. Einkommenssteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge zusammenfasst, signifikant vereinfacht werden.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sasine formet Chya Hawlo-Wallier

Sabine Jungwirth

Anja Haider-Wallner

Christine Seemann

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT

GII)

Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Markus Ertel

Rita Newman